

BVG Revision

Korrespondenz über die Finanzierung des neuen Modells mit Dr. Walter Knüsli, Rechtsanwalt, Mitglied von mehreren Stiftungsräten

Von: A. Muhlemann [<mailto:amuhlemann@bluewin.ch>]

Gesendet: Sonntag, 14. Januar 2018 14:19

An: 'Walter Knüsli' <wknuesli@me.com>

Betreff: AW: Dank für Deine Beiträge

Lieber Knüs

Danke für Dein E-Mail.

Der Umwandlungssatzgarantiebeitrag für BR Berset ist schon bzw. wird auf sicher bezahlt, vom Steuerzahler.

Die Finanzierungslücke im BVG ist einerseits verursacht durch unser Gesundheitssystem (längeres Leben, eigentlich erfreulich), andererseits durch unsere Zinspolitik und den Zwang zur Anlage eines grossen Teils des Pensionskassenvermögens in festverzinsliche Werte.

Letztlich und konsequent durchgedacht ist die prekäre Ertragssituation der Vorsorgeeinrichtungen verursacht durch die Zinspolitik von Draghi bzw. der EU, und deren Übernahme oder Nachahmung (!) von Jordan. Durch die Niedrigzinspolitik; die Schuldner werden bevorzugt, die Sparer bestraft. Faktisch findet dabei ein gigantischer Finanztransfer in Europa von Nord nach Süd statt. Oder brutal ausgedrückt: die Sparer und unsere Pensionskassen finanzieren die Schuldner inkl. Staatsschuldner.

Auswirkungen beim Bürger? In meiner persönlichen Budgetkontrolle stelle ich fest, dass mein Nettoeinkommen seit der Pensionierung im 1998 um rund 20 % geschrumpft ist, verursacht durch die Erhöhung der Krankenkassenprämien (Verdoppelung!) und praktischer Wegfall der Zinsen auf dem Sparkapital. Nachdem im Crash von 2003 meine Aktien auf etwa 10 % ihres Wertes abstürzten, habe ich nicht mehr in Aktien oder ähnliches investiert, Risiko zu hoch, in meinem Alter. Die wenigen Aktien, die ich noch behalten habe, haben sich nach 15 Jahren noch nicht erholt, sind weit unter dem Wert den sie anfangs der 0er-Jahre hatten.

Zins 2017 von Postfinance auf dem Privatkonto: 0.00 %, auf dem E-Sparkonto 0.05% (auf der Steuererklärung anzugeben!). Ich wage zu behaupten: da findet eine umfassende Plünderung des Sparers statt.

Der BVG-Zinssatz war bei der Einführung im 1985 4 %. Und die meisten Pensionskassen erzielten höhere (Zins-)Erträge, zahlten Überschüsse, und es gab Rentenerhöhungen.

Du sagst richtig: Die Vorsorgeeinrichtungen könnten höhere Erträge erzielen, wenn die Anlagevorschriften geändert würden. Dabei ist gutes, professionelles, langfristig orientiertes Anlagemanagement erforderlich. Ich frage mich, ob die Behörden und die Politik dies den Vorsorgeeinrichtungen zutrauen, oder weiter an der «mündelsicheren» Anlage festhalten? (Man hört, dass es Vorsorgeeinrichtungen gibt, die schon heute höhere Erträge erwirtschaften und erwirtschaftet haben, als es der jeweilige gesetzliche Mindestzinssatz angenommen hat (z.Zt. 1 %).)

Ich hoffe, dass die Anlagevorschriften für die Pensionskassen im Zuge der BVG-Revision geändert werden. In meinem neuen Modell ist vorgesehen, die Finanzierungslücke auch durch höhere Kapitalerträge zu füllen und nicht allein durch einzuschiessende Beiträge.

Ich beobachte weiter, was die Politik in dieser Angelegenheit macht.

Freundlicher Gruss

Benno

Alfred B. Muhlemann
Oberwil BL
amuhlemann@bluewin.ch
www.miag.ch/freitagsclub
www.miag.ch/blogfreitagsclub

Von: Walter Knüsli [<mailto:wknuesli@me.com>]

Gesendet: Freitag, 12. Januar 2018 14:38

An: Herr Mühlemann Alfred <amuhlemann@bluewin.ch>

Betreff: Dank für Deine Beiträge

Lieber Benno

Vorerst herzlichen Dank für Deine Beiträge und Deinen exzellenten Vorschlag. Ich muss Dir allerdings gestehen, dass ich Zweifel hege, ob Dein Vorschlag, der von profunder Sachkenntnis und grosser Erfahrung zeugt, bei gewissen Politikern auf fruchtbaren Boden fallen wird.

In den Diskussionen fällt auf, dass gewisse Bereiche nicht einmal erwähnt werden. Ich teile dir ein paar Punkte mit, die aus meiner Sicht zu diesen „totgeschwiegenen Bereichen“ gehören.

- Herr BR Berset hat vor der Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 klar gesagt, es gebe keine Alternative. Dies zeugt einerseits von einer gewissen Überheblichkeit und Arroganz. Andererseits wäre das Scheitern der Vorlage für jemand anders ein Grund zum Rücktritt gewesen. Allerdings ist offen, welcher Arbeitgeber für Herrn B. p.a. einen Betrag von CHF 1,5 Mio. hinblättern würde (Nur zur Erinnerung: Der Betrag für Bundesräte setzt sich m.E. wie folgt zusammen: „normaler Bundesratslohn“ rund 0,5 Mio. CHF; zuzüglich 1 Mio CHF für die künftige Pension. -> Da ein BR nach nur 4 Jahren Amtszeit, Anrecht auf die volle Pension, d.h. 50% des Bundesratsgehalts hat, das sind zurzeit rund CHF 220'000.00 p.a., muss diese Pension in der „aktiven“ Zeit angespart werden. Wenn jemand mit 40 Jahren BR wird, ist diese Person mit 44 Jahren bereits voll pensionsberechtigt. Nach mathematischer Lebenserwartung hat diese Person also noch gute 36 Jahre vor sich. $36 \times 222'000.00 = 7'992'000.00$ CHF. Das heisst, dass der Staat in 4 Jahren rund 8 Mio CHF in die PK einwerfen muss, damit eine Rente von CHF 222'000.00 resultiert. Wenn man dann berücksichtigt, dass ein BR in der Regel mindestens 8 Jahre BR bleibt, kann man den jährlichen Beitrag in die PK auf eine Mio. CHF reduzieren.)

- Da es vor der Abstimmung keinen Plan B gegeben hat, musste die Mehrwertsteuer von 8 % auf 7,7 % reduziert werden. Das verursacht den Unternehmen Kosten von 150 - 300 Mio. CHF je nach Berechnungsart. Da die Politiker sicher wieder den Ausgleich nach oben beschliessen werden, verursacht dies nochmals Kosten in der gleichen Grössenordnung. Im Militär hätte man von vorbehaltenen

Entschlüssen gesprochen, um solche sinnlosen Unkosten zu vermeiden. Aber auch ein Unternehmer hätte dasselbe getan.

- Die Zahl der PK betrug Ende 2015 noch 1'782 und dürfte Ende 2017 bei rund 1'700 gelegen haben. M.E. gibt es immer noch zu viele PKs und v.a. zu viele schlecht geführte PKs. Ich rede nicht einer Einheitskasse das Wort, aber Vergleiche zeigen, dass die Durchschnittsrenditen eher bescheiden sind. Als positiven Vergleich kann man die nordischen Staaten zitieren. Diese erzielen im Durchschnitt rund 1 % mehr Rendite mit ihren PKs. Dies rührt m.E. daher, dass die Regulungsdichte kleiner ist als bei uns. Oder wenn man die Rendite der 8 Ivy league Unis in den USA zum Vergleich bezieht: diese erzielen mit Ihren total rund 100 Mia \$ Vermögen rund 8-10 % Rendite p.a. Dabei hat aber jede Uni nur ein Gremium, welches das Vermögen managed und nicht wie bei uns unzählige „Berater, Banken, Experten“ etc. Also wäre es doch auch bei uns sinnvoll, über die Optionen, die mehr Rendite ergeben, zu diskutieren.

- Wenn man beispielsweise den Nasdaq Index nimmt, so hat sich dieser seit der Finanzkrise versechsfacht (NASDAQ-100: 06.03.2009 1'064.70; 12.01.2018 6'708.49). Hätte man einen angemessenen Teil in Aktien investiert, wäre die Performance heute wesentlich besser. Aber gemäss Kennzahlen Oktober 2017 (Finanzstandort Schweiz) war der Aktienanteil im Durchschnitt aller PKs nur bei rund 11 %. Ein Blick z.B. auf den Pensionskassenvergleich der WH&P (Weibel Hess & Partner AG) zeigt aber auch, dass es PKs mit ansprechenden Renditen gibt.

- Meine Deductio ist, dass wir zu viele Politiker haben, die mitmischen und keinen positiven Einfluss haben. Aber eben das PK-Vermögen beläuft sich mittlerweile auf über 800 Mia. CHF, so dass man dort als Politiker dabei sein will.

- Es gäbe noch einiges zu sagen, aber lassen wir das. Die „neuen“ Abstimmungsvorschläge werden kaum berauschend ausfallen und das Resultat wird dem kleinsten gemeinsamen Nenner entsprechen.

- Ich wünschte mir, dass die beiden Projekte „erste und zweite Säule“ mit mehr positiver Energie sowie unternehmerischer und strategischer Weitsicht angegangen würden.

Herzliche Grüsse

Knüs

Dr. WALTER KNÜSLI
Rechtsanwalt / avocat / Attorney-at-law
Boesingen
wknuesli@bluewin.ch